

Haushaltsberatungen – Hagen Aktiv setzt auf alternative Sparvorschläge

„Mit der Faust in der Tasche haben wir mehr als einen Arbeitstag lang vor dem Kürzungspaket gesessen und gemeinsam überlegt“, kommentierte der Fraktionsvorsitzende, Dr. Josef Bücken, die Hagen Aktiv-Haushaltsberatungen in einer ersten Reaktion. Der vorgegebene Rahmen sei mehr als eng gewesen. Zum einen ließen die Rahmenbedingungen des Stärkungspaktes NRW den Akteuren vor Ort so gut wie keinen Spielraum. Zum anderen gäbe es auch bei voller Zustimmung zum Sparpaket des Kämmerers das unkalkulierbare Risiko, ob die Höhe der dann erreichten Einsparsumme überhaupt ausreicht. Entsprechend angespannt war die Stimmung im Kreis der Hagen Aktiven bei den Beratungen. Nicht zuletzt auch deswegen, weil man trotz aller Schwierigkeiten bemüht war, Entscheidungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu treffen. Als Ausweg aus dem Dilemma setzte die Hagen Aktiv-Fraktion schließlich im Wesentlichen auf eigene, alternative Konsolidierungsvorschläge.

Bei der Einzelanalyse des vorgelegten Sparpakets waren es nur wenige Punkte, die die volle Zustimmung bei den Aktiven fanden. „So unterstützen wir z. B. das Bemühen der Verwaltung, den Missbrauch von Transferleistungen im Zuge der EU-Binnenmigration abzubauen. Auch die Kostenersparnis im SGB II - Bereich bezüglich Kosten der Unterkunft fand die volle Zustimmung der Fraktion“, stellt der Hagen Aktiv-Chef die für die Aktiven unproblematischen Sparvorschläge fest. Hier könne man gar noch einen merklichen Betrag aufsatteln. Auch die vorgeschlagenen Einsparungen beim Energiebezug für die Stadt – immerhin ein Potential von 1 Million EURO – können wir absegnen.

„Mit uns nicht zu machen ist der geplante Abbau im sozialen Bereich. Das Streichkonzert bei Schwangerschaftskonfliktberatung, Beratungsstelle für die Opfer von Menschenhandel, Verbraucherzentrale, Seniorenbegegnungsstätten und Freiwilligenzentrale geigen wir nicht mit“, so Dr. Bücken. „Auch die Abschaffung der Geschwisterkindregelung im KITA - Bereich lehnen wir ab“, ergänzt er.

„Eine Energie- und Bewirtschaftungsumlage ist von Hagen Aktiv bislang mehrheitlich abgelehnt worden und daran ändere sich im Grundsatz auch nach den heutigen Beratungen nichts“, so der sportpolitische Sprecher und Fraktions-Vize von Hagen Aktiv, Michael Gronwald. „Die Vereine leisten nicht nur wertvolle Arbeit im Kinder- und Jugendbereich, inzwischen wirken sie auch maßgeblich bei der Integration von Flüchtlingen mit“, so Gronwald weiter. „Wenn aber den Vereinen zum Ausgleich für dieses zusätzliche Engagement Gelder aus Finanzierungsmitteln für Flüchtlinge zufließen würden, könnte ich der Einführung der Umlage unter Umständen – wenn auch zähneknirschend - zustimmen“, stellt der aktive Handballer für die weiteren Beratungen in Aussicht. Hier gäbe es aber noch offene Fragen an die Verwaltung, die zunächst geklärt sein müssten.

Kontrovers diskutierten die Aktiven die Vorschläge zur Verkleinerung von Rat und Bezirksvertretungen vor dem Hintergrund des Demokratieverständnisses von Hagen Aktiv. Am Ende stand ein Kompromissvorschlag, nach dem der Rat und die verschiedenen Bezirksvertretungen um jeweils 2 Sitze reduziert werden könnten. „Dem Wegfall einer ganzen Bezirksvertretung können wir uns dagegen nicht anschließen. Aktuell wächst die Zahl der Einwohner in Hagen wieder stark an. Da sind wir auf funktionierende Bezirksvertretungen angewiesen“, kommentiert Bücken auch mit Blick auf die Flüchtlingssituation. „Zur Kompensation schlagen wir vor, dass alle Bezirksvertretungen auf 10 % ihrer Mittel verzichten. Das kann noch für 2016 beschlossen werden, der Effekt träte also sofort ein und nicht erst ab 2021“, so Bücken weiter. „Kürzungen bei den Zuwendungen an Ratsfraktionen können wir allein im Bereich der Sachkosten mitgehen. Darüber hinausgehende Kürzungen sind für uns ein No-Go. Als kleine Fraktion würden wir durch einen solchen Schnitt über Gebühr geschwächt, ja, an den Rand der Geschäftsfähigkeit gedrängt, während die beiden großen Fraktionen davon sogar noch profitieren würden“, betont der Hagen Aktiv-Chef.

„Großes Konsolidierungspotential sehen wir aber in der vom Rat - auf Hagen Aktiv-Initiative hin - einstimmig beschlossenen Einführung eines „Zentralen Risiko- und Vertragsmanagements“ etwa nach dem Vorbild der Stadt Hamm. „Leider taucht dieses - in den Augen von Hagen Aktiv millionenschwere - Sparpotential in der Vorschlagsliste des Kämmerers gar nicht auf, so dass wir es im Zuge der Diskussion um die Haushaltskonsolidierung mit Nachdruck einfordern werden“, so Bücken. Es gehe nicht an, dass man solche Potentiale unbeachtet lasse, während man im gleichen Atemzug einen Kahlschlag bei der Hagener Bäderlandschaft vorbereite. Ähnlich verhalte es sich mit der Einführung des E - Governments, so der finanzpolitische Sprecher der Aktiven, Ernst Schmidt. E - Government, das sind elektronische Bürgerdienste, die vom heimischen Computer aus erledigt werden können. Dessen konsequente Einführung - etwa nach dem Modell der Stadt Düren - berge in seinen Augen sogar ein noch höheres Sparpotential, als das zuvor aufgeführte Zentrale Risiko- und Vertragsmanagement.

Als Fazit der Beratungen konstatiert Fraktionschef Bücken, dass Hagen Aktiv unterm Strich dem Haushalt 2016/ 2017 zustimmen könne, wenn sich Verwaltung und Ratsmehrheit - zumindest im Kern - den von Hagen Aktiv eingebrachten alternativen Sparvorschlägen anschließen würden.